

Zürich, 1. Oktober 2025

Verantwortungslose Klientel-Politik der Linken:

Steuererhöhungen und Zersetzung des Mittelstandes drohen

Nächstes Jahr finden die Parlamentswahlen in Zürich statt. Es sind Personenwahlen und deshalb verteilen die linken Politiker eifrig «Geschenke» an ihre Polit-Klientel. Das ist eine kleine Gruppe von Günstlingen, die von den extrem teuren Zuwendungen profitieren. Mit der tiefen Stimmbeteiligung reicht dies Rotgrün schon für den Machterhalt. Leidtragend ist die arbeitstätige Bevölkerung, die zu hohe Steuern und Produktpreise bezahlen muss.

Hier ein paar Hundert Millionen Steuerfranken für dieses linke Klientel, dort noch ein paar Hundert Millionen Steuerfranken an Zuwendungen. Die Strategie funktionierte bislang für die Linken: Der Kapitalismus häuft Unsummen von Geldern an, wodurch die Weiterleitung ins Klientel-System niemanden gross auffiel oder störte. Bis auf die SVP: Wir kritisieren seit vielen Jahren die unsauberen Geldflüsse der linken Klientel-Politik auf Kosten der Steuerzahler.

Der Bürger weiss besser als der Staat, wie er mit seinem verdienten Geld umgehen will. Ein Steuersatz von 119 Prozent in einer Stadt, die innert weniger Jahren mindestens über 1 Milliarde Steuerfranken zu viel einnimmt, ist nicht nachvollziehbar. Ein Steuersatz darf maximal 100 Prozent betragen (wir zahlen doch nicht mehr als 100 Prozent eines Preises für staatliche oder sonstige Leistungen). Warum sollen die Bürger die Unfähigkeit der Exekutiv-Politiker mit überhöhten Steuern bezahlen?

Die Linken übertreiben jedoch mit den Zuwendungen an ihr Klientel so masslos, dass nun auch der grüne Finanzvorsteher vor Steuererhöhungen und einen Zusammenbruch des Kartenhauses warnt: «Dann müssen wir ernsthaft über eine Steuererhöhung diskutieren». Zudem zahlt am Schluss immer der Konsument mit höheren Preisen. Also die unnötige Bürokratie und die Abzocke der Firmen durch den Staat führt zu Preissteigerungen bei allen Produkten. Ergebnis einer wirtschaftsfeindlichen Weltsicht und Klientel-Politik der Linken.

Die SVP fordert mit allem Nachdruck: Alle unnötigen Ausgaben müssen sofort gestoppt und aufschiebbare Ausgaben, die über 5 Millionen Gesamtkosten betragen, müssen auf Eis gelegt werden. Und zwar so lange, bis eine Steuersenkung auf 99 Prozentpunkte langfristig finanziert ist und es Null Franken Aufwandsüberschüsse gibt. Auch gilt es, alle unnötigen staatliche Regulierungen aufzuheben.